

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

01.06.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Mittwoch, 11.05.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:33 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 22.03.2011
- öffentlicher Teil -
0210/2011**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Schulentwicklungsplanung, Stand der Arbeiten**
0196/2011
- 7** **Anmeldungen für das Schuljahr 2011/2012**
0193/2011
- 8** **Änderung der Richtlinien zur Kulturförderung in der Stadt Bergisch Gladbach**
0086/2011
- 9** **Resolution des ABKSS zur Einschränkung der Förderung von Integrationskursen**
0197/2011
- 10** **Resolution gegen die Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Integrations-
sprachkurse**
0198/2011
- 11** **Perspektiven für die Städtische Galerie Villa Zanders**
0116/2011
- 12** **Anträge der Fraktionen**
- 13** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

Herr Miede bittet um Zustimmung, die Tagesordnungspunkt 9 und 10 vor dem Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln, da Herr Paaß noch einen Anschlusstermin habe. Der Ausschuss stimmt dem zu.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 22.03.2011 - öffentlicher Teil - *0210/2011*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Zum Thema Weiterentwicklung der sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen“ gebe es folgenden aktuellen Sachstand. Seit Januar 2011 seien mit allen Schulen Gespräche zur Einschätzung des quantitativen und qualitativen Bedarfes an ganztätiger Betreuung an den weiterführenden Schulen für Schüler/innen bis zur Vollendung des 14. Le-

bensjahres geführt worden (Werkstattgespräche I). Ein Ergebnis sei, dass auf Grund der Veränderungen im Familienalltag, der zunehmenden Erwerbstätigkeit beider Elternteile und der Zunahme des Anteils an Alleinerziehenden alle Schulen einen grundsätzlichen Bedarf an Betreuung über die reine Übermittagbetreuung (Mittagspause) hinaus als gegeben ansähen. Bis Mitte Mai werde in verschiedenen Gesprächen mit den Schulen und den freien Trägern der Jugendhilfe über die Ausgestaltung und die mögliche Finanzierung der ganztägigen Betreuung beraten:

- Beratung in der Schulleiterbesprechung
- Beratung in der Trägerkonferenz Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Werkstattgespräche II mit Schulen und freien Trägern (Priorität: Schulen, die nach den Sommerferien starten sollen)
- Beratung im Interfraktionellen Arbeitskreis der jugendpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen

Das Ziel sei die Einbringung einer beschlussfähigen Vorlage im JHA am 05.07.2011, am 12.07.2011 im ABKSS und am 19.07.2011 im Rat. Damit werde jenen Schulen und ihren jeweiligen Partnern, die nach den Sommerferien mit einem Ausbau des Programms beginnen könnten, die Möglichkeit eröffnet, erste Schritte (z.B. Personalbeschaffung) für eine Umsetzung soweit dies möglich sei, noch in den Sommerferien in die Wege zu leiten.

- Die Gespräche mit der Kommunalaufsicht bezüglich der Übergabe der Museen an die Trägervereine seien noch nicht zu Ende geführt. Da hier Korridorfragen berührt würden, hoffe man auf eine Ausnahmegenehmigung für die Durchbrechung der Korridorsystematik. Erst wenn die Kommunalaufsicht sich mit dem Vorgehen generell einverstanden erkläre, könnten die Verträge in die parlamentarische Beratung.
- Der Pflegschaftsvorsitzenden der OGS Bensberg, Herrn Müller habe sich in einem Brief, der allen Ausschussmitgliedern zugesandt worden sei, über die Unflexibilität der Verwaltung bezüglich des Raumbedarfs beklagt. Die Idee des Montessori-Elternvereins sei, aus eigenen Mitteln einen zusätzlichen Raum zu schaffen. Mit dem Montessori-Elternverein sei nun vereinbart, dass dieser der Verwaltung ein Konzept vorlege, in dem dessen Finanzierung der räumlichen Aufstockung sowie der Folgekosten und die Klärung der baurechtlichen Fragen dargestellt seien. Sollte dieses Konzept tragfähig sein, werde die Verwaltung dies dem Verwaltungsvorstand mit der Empfehlung der Umsetzung zuleiten.
- An dem Thema „Einführung einer Ehrenamtskarte“ seien nun mehrere Dienststellen beteiligt. Die Federführung liege jetzt beim Stadtmarketing. Es sei geplant, das Thema in der Sitzung am 12.07.2011 zu behandeln.
- Die Vorlagen „Richtlinien für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders“ und die dazugehörige Entgeltordnung seien durch das Rechtsamt geprüft worden und könnten in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

6. Schulentwicklungsplanung, Stand der Arbeiten *0196/2011*

Herr Dr. Speer teilt mit, am 10.05.2011 sei der Arbeitskreis zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Schwerpunkte seien gesetzt worden. Vor den Sommerferien werde man die Themen Raumverzeichnisse und Raumbedarf durch Förderung des Ganztagsunterrichts bearbeiten, nach den Ferien werde man sich mit den Themen Inklusion, Förderunterricht im Ganztag und Gemeinschaftsschule auseinandersetzen

Frau Winkels fragt an, ob das in der Vorlage erwähnte aktualisierte Raumverzeichnis auch den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden könnte.

Herr Dr. Speer verspricht, das Raumverzeichnis der Niederschrift beizufügen.

Frau Glamann-Krüger möchte noch wissen, nach welchen Kriterien die Teilnehmer des Arbeitskreises ausgewählt worden seien.

Herr Dr. Speer erklärt, die erste Prämisse sei die Vertretung aller Schulformen gewesen. Des Weiteren sollten im Arbeitskreis auch die Grundschulen vertreten sein. Die personelle Besetzung sei dann in der Schulleiterkonferenz erfolgt. Die Mitarbeit erfolge auf freiwilliger Basis. Die Realschulen und Gymnasien hätten jedoch darum gebeten, mit jeweils zwei Vertretern vertreten zu sein, da sie zahlenmäßig überwiegen.

Auf Nachfrage von Frau Koshofer, warum die Grundschulen nicht nach Stadtteilen vertreten seien, erläutert Herr Dr. Speer, die Grundschulen seien in diesem Arbeitskreis einbezogen, um aus der Grundschulpädagogik Impulse an die Arbeit der weiterführenden Schulen zu geben. Für dieses spezielle Aufgabenfeld habe man eine paritätische Verteilung des Stadtgebietes für nicht erforderlich gehalten. Auf Rückfrage bei den Schulleiterinnen und Schulleitern der Grundschulen hätten sich drei Schulleiterinnen und Schulleiter aus dem Bereich „Süd“ für die Mitarbeit im Arbeitskreis gemeldet. Ein Schulleiter sei freiwillig zurückgetreten.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

7. Anmeldungen für das Schuljahr 2011/2012 *0193/2011*

Frau Lehnert spricht die Anmeldezahlen an den Schulen an. Sie findet, die Eltern würden die Arbeit der Hauptschulen nicht richtig würdigen.

Herr Dr. Miede widerspricht Frau Lehnert. Die Hauptschule sei ein System, welches sich im Grunde durch die Entwicklung überholt habe. Die Gesamtschulen hätten diesen Kreis der Betroffenen aufgefangen. Dies sei auch an den unglaublichen Anmeldezahlen zu sehen.

Frau Koshofer stimmt Frau Lehnert zu. Die Hauptschule Ahornweg mache eine so gute Arbeit, die aber leider keine Resonanz fände.

Herr Santillán spricht die unterschiedlichen Anmeldezahlen laut Mitteilungsvorlage und Tischvorlage an. Diese seien vor allem bei den Grundschulen ersichtlich. Er möchte gerne wissen, warum die Zahlen abweichen. Bemerkenswert finde er die Einzügigkeit bei manchen Grundschulen; allerdings sei dies auch ein Diskussionsthema. Weiterhin möchte er auf die massiven rückläufigen Anmeldezahlen bei den Hauptschulen hinweisen. Die Prognose der studentischen Projektarbeit weiche sehr stark von der Realität ab. Die Anmeldezahlen an den Gymnasien seien gestiegen. Dies sei sehr wahrscheinlich auf den Wegfall der verbindlichen Schulempfehlung zurückzuführen. Es habe wohl eine Verschiebung von den Hauptschulen weg, über die Realschulen hin zu den Gymnasien gegeben. Diese Entwicklung sei bereits vermutet worden und müsse im Auge behalten werden.

Herr Miede erklärt, die Problematik bei den Grundschulen sei seit Jahren bekannt. Bei der Hauptschule Ahornweg habe sich der Ausschuss seit vielen Jahren um die Renovierung gekümmert. Ferner sei die Hauptschule in eine Ganztags Hauptschule umgewandelt worden, eine von zwölf Ganztags Hauptschulen in NRW. Dies nütze jedoch nichts, wenn der Elternwille, der ja immer wieder

propagiert werde, ein anderer sei. Die Gründe für die gestiegenen Anmeldezahlen an den Gymnasien möchte er nicht beurteilen. Deutlich sei jedoch, dass dieser Tagesordnungspunkt eine entscheidende Grundlage darstelle für die nicht mehr verschiebbare Diskussion um die Schulstandorte. Die Stadt könne sich kleine oder einzügige Schulen über Jahre nicht mehr leisten. Dies sei auch vom Bildungsanspruch her nicht sinnvoll. Kleine Schulen hätten nicht das Angebot der größeren Schulen, dies stehe außer Frage.

Frau Scheerer spricht die enorme Steigerung der Grundschulanmeldungen für das Jahr 2011 an. Diese Kinder würden in vier Jahren in die Sekundarstufe I kommen. Dies müsse eigentlich bei der ganzen Diskussion um Schulen und Schulstandorten mit bedacht werden.

Herr Pütz erklärt, die prognostizierte Gesamtschülerzahl laut der studentischen Projektarbeit liege nahe bei der tatsächlichen Zahl. In der Mitteilungslage Nr. 0124/2011, welche dem Ausschuss für die Sitzung am 22.03.2011 vorgelegt worden sei, sei die Ermittlung der Gesamtschülerzahl erläutert worden. Immer dort, wo es unterschiedliche Meinungen gegeben habe, sei die vorsichtiger Variante genommen worden. Bezüglich der Anmeldezahlen an den Hauptschulen sei bereits vorsichtig auf diese mögliche Entwicklung hingewiesen worden. Leider sei diese Entwicklung schneller eingetreten, als vorsichtig prognostiziert wurde. Bei der Betrachtung der Grundschulanmeldungen müsse man berücksichtigen, dass dieses Jahr der letzte Grundschuljahrgang mit dem vorgezogenen Einschulungsalter eingeschult werde. Dies betreffe ca. 100 Grundschüler. Im nächsten Jahr werde die Zahl wieder unter 1.000 sinken. Dieser starke Jahrgang, der in vier Jahren in die Sekundarstufe I komme, werde eine Ausnahme bleiben.

Frau Lehnert findet, die Zahlen signalisierten Handlungsbedarf. Dies sei allen klar. Die Arbeitsgruppe werde gemeinsam einen Vorschlag erarbeiten, und sie sei guten Mutes, dass der Ausschuss zu einem Ergebnis kommen werde, den alle mittragen könnten.

Herr Dr. Miege stimmt Frau Lehnert bei. Der Ausschuss sollte jetzt nicht die Diskussion des Schulentwicklungsplans vorziehen, sondern diese im nächsten Frühjahr führen. Man habe zusätzliche Informationen zur Kenntnis erhalten. Im nächsten Jahr zur Besprechung des Schulentwicklungsplans seien dann auch die nächsten Anmeldezahlen bekannt.

Herr Mumdey fügt ergänzend hinzu, bei der Schulentwicklungsplanung komme man nicht an der Tatsache vorbei, dass die Kinderzahl jährlich zurückgehe. Als Nothaushaltskommune müsse die Stadt den Gebäudebestand dann auch irgendwann einmal dieser Entwicklung anpassen.

Herr Santillán fragt noch einmal nach den Abweichungen bei den Grundschulanmeldungen zwischen Vorlage und Tischvorlage. Er möchte noch anmerken, derzeit gebe es 1.133 Grundschulanmeldungen und gleichzeitig gebe es noch einzügige Grundschulen. Er finde dies alarmierend. Hier sehe er schnellen Handlungsbedarf. Eine Entscheidung solle schnell herbeigeführt werden.

Herr Heimann hat noch eine Rückfrage zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe. Er möchte gerne wissen, in wie weit es eine Rückkopplung zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppe und der Politik gebe und ob die Politik irgendwann in die Arbeit der Arbeitsgruppe eingebunden werde.

Herr Dr. Speer erläutert, der Ausschuss habe in der Sitzung am 22.03.2011 beschlossen, sich zunächst komplett herauszuhalten und die Arbeitsgruppe solle der Politik einen beschlussfähigen Schulentwicklungsplan vorlegen. Daher sei in der Arbeitsplanung eine Beteiligung der Politik an den Sitzungen der Arbeitsgruppe nicht vorgesehen. Der Ausschuss werde regelmäßig unterrichtet und das Ergebnis dann diskutieren.

Herr Dr. Baeumle-Courth findet, in der Tabelle auf Seite 13 hätte man bei der Integrierten Gesamtschule die 66 zurückgewiesenen Anmeldungen, zumindest in Klammern, aufführen sollen, um die

Diskrepanz auch an dieser Stelle zu verdeutlichen. Er möchte noch gerne wissen, ob die abgewiesenen 66 Schülerinnen und Schüler schon auf andere Schulen verteilt seien und in der Gesamtsumme von 1.214 enthalten seien. Interessieren würde ihn auch, auf welche Schultypen sich die Abgewiesenen verteilen.

Herr Pütz antwortet, die Frage nach Verteilung der zurückgewiesenen Kinder auf die anderen Schultypen könne nicht beantwortet werden. Viele der Abgewiesenen seien auswärtige Kinder, die sich dann wohl an eine Schule in ihrer Heimatkommune angemeldet hätten. Da das Anmeldeverfahren für die IGP vor dem allgemeinen Anmeldeverfahren liege, könne man leider nicht nachvollziehen, wo die Eltern ihre Kinder dann angemeldet hätten. Früher, als die Anmeldezeiten noch gleichzeitig liefen, sei dies eher nachvollziehbar gewesen. Zu den unterschiedlichen Anmeldezahlen erklärt Herr Pütz, diese hätten sich durch Zuzüge und Wechsel zwischen den Schulen, auf Grund der Verteilung der Ganztagsplätze, verändert und würden sich sicherlich geringfügig weiter verändern. Daher stimmten die Zahlen zwischen Vorlage und Tischvorlage nicht überein.

Herr Dr. Miede teilt auf die Frage von Herrn Dr. Baumle-Courth noch ergänzend mit, die Abweisungen an der IGP beliefen sich von 2005/2006 bis dato immer zwischen 42 und 66. Im Jahr 2008/2009 habe es einen Ausriss mit 140 Abweisungen bei 320 Anmeldungen gegeben. Die Anzahl der Abweisungen sei jedoch nicht ausreichend für die Errichtung einer weiteren Gesamtschule, dafür benötige man 180.

Herr Santillán möchte Herrn Dr. Speer korrigieren und darauf hinweisen, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe in der letzten Ausschusssitzung dafür plädiert, in der Arbeitsgruppe zur Erstellung des Schulentwicklungsplans solle auch die Politik vertreten sein. Ebenso sei die Meinung der Eltern und anderer Vertreter wichtig; auch dies hätten sie gefordert.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8. Änderung der Richtlinien zur Kulturförderung in der Stadt Bergisch Gladbach *0086/2011*

Herr Dr. Miede schlägt vor, über die Richtlinien insgesamt abzustimmen. Mit diesem Vorschlag sind die Ausschussmitglieder einvernehmlich einverstanden.

Frau Bischoff schlägt für die CDU-Fraktion vor, im Punkt I. - Förderungswürdigkeit, Voraussetzungen, zweiter Absatz (Seite 18) das Wort „Tendenzen“ durch „Schwerpunkte“ zu ersetzen.

Herr Kleine findet, die Verwaltung habe in den letzten Jahren die Richtlinien gut umgesetzt. Eine Anpassung der Richtlinien auf Grund der gewonnenen Erfahrungen im Umgang mit diesen sei selbstverständlich. Zu den Änderungen habe er aber noch ein paar Nachfragen. Er möchte gerne wissen, warum unter II. 1. a) zweiter Spiegelstrich das Wort „finanziellen“ vor dem Wort Zuschuss gestrichen worden sei (Seite 18). Ferner möchte er gerne begründet haben, warum der Punkt „Die Termine sind spätestens drei Monate vorher mit der Stadt Bergisch Gladbach abzustimmen“ ersatzlos gestrichen worden sei (Seite 19). Auf Seite 20 sei der Spiegelstrich „Auf Zuschüsse nach diesen Richtlinien besteht kein Rechtsanspruch“ durch den Hinweis auf den Haushalt ergänzt worden. Hier vermute er eine Schutzvorschrift, solange der Haushalt noch nicht rechtskräftig sei. Ferner interessiere ihn noch die Streichung der Position Porto bei den nicht förderfähigen Kosten.

Dieser Frage schließt sich Herr Santillán an.

Frau Weymans erklärt zur ersten Frage, in II. – Gegenstand, Art und Maß der Förderung stehe „Eine Förderung kann bewilligt werden als 1. finanzielle Förderung einzelner Veranstaltungen (Kulturprojektförderung). Unter Punkt 1 – Kulturförderung sei daher eine Betonung, dass es sich um einen „finanziellen“ Zuschuss handele, entbehrlich. Der Punkt „die Termine seien abzustimmen“ sei herausgenommen worden, da dieser bei der Antragstellung bisher nicht geprüft worden sei. Die Ergänzung auf Seite 20 im ersten Absatz rechts sei – wie Herr Kleine vermutet habe - auf Grund der Haushaltsproblematik aufgenommen worden. Die Position Porto sei bei den nichtförderungsfähigen Kosten herausgenommen worden, da die Kosten für Porto auf Grund des verstärkt genutzten elektronischen Postversandes nicht mehr so ins Gewicht fallen würden.

Herr Baeumle-Courth bittet noch darum den zweiten Absatz unter I – Förderungswürdigkeit, Voraussetzungen (Seite 18 oben) gefälliger zu formulieren.

Herr Dr. Miede schlägt vor, das Wort „solche“ durch „diejenigen, die“ ersetzen.

Die Verwaltung verspricht, den Absatz grammatikalisch zu überarbeiten.

Frau Koshofer findet, die Richtlinien zur Kulturförderung hätten gezeigt, dass diese für die Verwaltung praktikabel seien und auch entsprechend den Wünschen des Ausschusses gut umgesetzt würden.

Herr Dr. Miede stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschlussvorschlag:

Der Änderung der Richtlinien zur Kulturförderung in der Stadt Bergisch Gladbach in der modifizierten Fassung wird zugestimmt.

Modifizierte Fassung des zweiten Absatzes unter I. Förderungswürdigkeit, Voraussetzungen:
Von der Förderung ausgeschlossen sind kulturelle Vorhaben, die ausschließlich den Mitgliedern eines Vereins oder einer Initiative zugute kommen und diejenigen, die der Gewinnerzielung dienen. Ebenso ausgeschlossen sind kulturelle Vorhaben mit rein kommerziellem, rein unterhaltendem Charakter sowie politischen, religiösen oder sportlichen Schwerpunkten.

9. Resolution des ABKSS zur Einschränkung der Förderung von Integrationskursen
0197/2011

Herr Neu merkt an, er finde die Reaktion des Landtages beschämend. Bis dato habe der Landtag keine Stellung dazu bezogen. Gut finde er das Angebot der VHS, Kurse für ausländische Frauen anzubieten. Nicht so günstig sei allerdings deren Ausfall aus den in der Vorlage beschriebenen Gründen.

Herr Dr. Miede stimmt Herrn Neu bezüglich der fehlenden Reaktion des Landtages zu. Der Landtag hätte wenigstens eine Mitteilung über den Stand der Beratung oder über das weitere Vorgehen mitteilen können.

Auch Frau Lehnert schließt sich dem an. Sie möchte gerne wissen, ob es eine Möglichkeit der Übernahme der Sprachkurskosten durch Dritte gebe, z.B. durch Sponsoren oder über Patenschaften.

Herr Paaß erklärt, es gebe solche Gespräche. In Fällen, wo Teilnehmer den Kurs unbedingt fortsetzen müssten, diese aber nicht selber finanzieren könnten, übernehme der Förderverein der Volkshochschule die Kosten. Leider hätten viele Teilnehmer auf Grund der Nichtfortsetzung durch das Bundesamt nicht nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten angefragt. Dies gelte besonders für Personen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

10. Resolution gegen die Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Integrations Sprachkurse
0198/2011

Herr Dr. Miede gibt einen kurzen Abriss über die bereits gefassten Maßnahmen zu dieser Problematik. Diesen Text zur Resolution habe er zusammen mit Herrn Paaß im Auftrage des Ausschusses ausgearbeitet.

Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschlussvorschlag:

Die Resolution wird beschlossen.

11. Perspektiven für die Städtische Galerie Villa Zanders
0116/2011

Frau Dr. Oelschlägel erläutert die Mitteilungsvorlage und gibt Einblicke in die Arbeitssituation in der Städtischen Galerie. Derzeit habe sie die kommissarische Leitung für die Städtische Galerie Villa Zanders. Nach der Übergabe der Trägerschaft des Bergischen Museums und des Schulmuseum an Trägervereine werde die Städtische Galerie in Zukunft das einzige städtische Museum bleiben. Der Schwerpunkt des Hauses sei „Kunst aus Papier“. Vor 25 Jahren, bevor die Städtische Galerie eröffnet worden sei, habe man sich entschieden, einen Sammlungsschwerpunkt zu entwickeln, da es keine gewachsene Kunstsammlung gegeben habe. Man habe sich auf Grund der Historie der Stadt für diesen Schwerpunkt „Kunst aus Papier“ entschieden. Dies sei einzigartig in Deutschland. Zwischenzeitlich umfasse die Sammlung ca. 300 Werke. Es gebe immer wieder Ausstellungen speziell zu diesem Thema, derzeit die Ausstellung „Knüller, Falter, Reißer“. Die Städtische Galerie sei ein städtisches Haus, jedoch gebe es Zuförderungen. Das Ausstellungsprogramm umfasse thematische, historische und rein künstlerische Ausstellungen, sowie Kunst aus der Region. Ferner würden immer wieder Verbundprojekte, wie z.B. das Projekt Forum Ost-West durchgeführt. Auch innerhalb der Ausstellungen gebe es künstlerische Angebote und Performance, je nachdem um welches Projekt es sich gerade handele. Ausstellungen wie „Privatissime - Kunst aus Bergisch Gladbacher Privatbesitz“, „Wir machen Druck – Ausstellung zur Druckgrafik“ seien Ausstellungsreihen, die auch in Zukunft durchgeführt würden. Ebenso werde das Projekt „Ortstermin“, gefördert durch die VR-Bank, weitergeführt. Die Ausstellungsreihe „Salonstück“, die von 1993 bis 2002 im Grünen Salon stattgefunden habe, sei für das Haus langfristig besonders bedeutsam gewesen. Die dort ausgestellten Bilder seien um die ganze Welt gegangen, in verschiedenen Kunstmagazinen sei darüber berichtet worden. In internationalen und überregionalen Kunstzeitschriften werde immer wieder über die Ausstellungen der Städtischen Galerie berichtet. Leider habe das Haus selbst keine Mittel

für Werbung, Inserate oder ähnliches zur Verfügung, um dies zu beeinflussen, wie andere Häuser, die auch stärker werben könnten. Projekte aus Bergisch Gladbach, wie z.B. die Ausstellung „Einrichten – Leben im Karton“ seien auch in anderen Häusern in Deutschland gezeigt worden. Immer wieder habe es die Künstler gereizt, ortsbezogen auf die Architektur des Hauses einzugehen. Ganz besonders wichtig sei es für sie, junge Positionen mit ins Haus zu holen. Es gebe immer wieder Kooperationen mit den Fachhochschulen, mit Universitäten und den Kunsthochschulen. So habe man die Möglichkeit nah am Publikum zu sein und mit relativ geringen Kosten große Multiplikatoreffekte zu erreichen. Natürlich werde das Ausstellungsprogramm durch andere Veranstaltungen wie Lesungen, Exkursionen in Künstlerateliers, Performance, Konzerte oder ähnliches erweitert. Diese würden überwiegend vom Galerie + Schloss Verein ermöglicht. Auch die Städtische Max-Bruch-Musikschule führe regelmäßig ihre Galeriekonzerte in der Städtischen Galerie durch. Ebenso habe sich die Veranstaltung „Jazz An der Strunde“ etabliert. Sehr beliebt seien auch die Vorträge zu Philosophie und künstlerischen Inhalten, die auf Grund der Vermietungen teilweise ins Obergeschoss verlegt worden seien. Diese würden ehrenamtlich organisiert. Im Mittelpunkt stehe für sie als Museumsfrau natürlich der Besucher. Kulturelle Bildung von Anfang an, das so genannte Kita-Atelier, welches seit vergangenem Herbst intensiv beworben werde, sei ein Erfolgsmodell. Derzeit habe man wöchentlich etwa drei Gruppen, so dass es eine weitaus größere Auslastung der Werkstatt und des Ateliers gebe. Man arbeite mit freien Künstlern zusammen, deren Honorare würden vom Galerie + Schloss e.V. finanziert. Ähnlich sehe die Situation beim Schüleratelier aus. Es gebe Schulen, die ganztägig bzw. für einen vierstündigen Workshop kämen. Dies sprengte die Arbeitszeitkapazität des Personals, so dass auch hier der Galerie + Schloss e.V. die Honorarkosten finanziere. Ein Flyer mit allen Atelierangeboten, wie Kita-, Schüleratelier, das neue Sonntagsatelier, welches die klassische Familienführung abgelöst habe, das Mittwochsatelier und das Angebot 60+ - Führungen mit anschließendem Kaffeetrinken für Senioren sei vor kurzem herausgegeben worden. Auch das letzt genannte Angebot werde vom Galerie + Schloss e.V. finanziert. Jährlich werde auch das Kinderkünstlerfest mit Unterstützung des Galerie + Schloss e.V. in Zusammenhang mit dem Fest „miteinander – füreinander, Bergisch Gladbach in Bewegung“ durchgeführt werden. Malwettbewerbe, die lange Nacht im Museum für Kinder seien weitere Veranstaltungen, die das Haus durchführe. Die Städtische Galerie sei ein Ort der Begegnung, wie sie es auch schon zu Maria Zanders Zeiten gewesen sei, nicht nur für Museumsveranstaltungen, sondern auch für nicht-museale Veranstaltungen. Ein Museum sei ein außerschulischer Lernort, ein Ort generationenübergreifenden Lernens. Dies dürfe ihrer Ansicht nach nicht gefährdet werden und sei besonders schwierig in Anbetracht der sehr geringen Öffnungszeiten.

Herr Dr. Miede dankt Frau Dr. Oelschlägel für die sehr informative Darstellung und eröffnet die Diskussion.

Herr Kleine möchte zunächst Frau Corts für die viele Arbeit danken, die sie für den Galerie + Schloss e.V. getan habe. Die SPD-Fraktion finde es sehr bedauerlich, dass Frau Corts ihre Tätigkeit beendet habe und hoffe, dass der Verein einen würdigen Ersatz finde, der dann diese große Lücke schließen könne. Zur Vorlage möchte er gerne wissen, welche Standards vorgegeben seien, die ein Museum einzuhalten habe (Seite 35) und wo diese festgelegt seien. Ferner möchte er gerne wissen, ob der Satz „Eine Verwässerung des Museumsprofils gefährde die ernstzunehmende Arbeit des Hauses ...“ sich auf die Nutzung des Erdgeschosses beziehe (Seite 36, erster Absatz). In der Vorlage stehe, dass das Museum sehr erfolgreich sei (Seite 36). Hier interessiere ihn, wie sich dies bemesse, z.B. an der Besucherzahl. Ferner möchte er wissen, wann die in der Vorlage erwähnte Nutzungsordnung (Seite 37) dem Ausschuss vorgelegt werde und wie die weitere Planung für die Nutzung des Erdgeschosses aussehe.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, der Deutsche Museumsbund und der Dachverband International Council of Museums (ICOM) hätten Standards zusammengefasst. Eine der Kernaussagen sei z.B., dass für das Museum und das darin gelagerte Kulturgut ein geeignetes Umfeld gewährleistet werden müsse. Dies beziehe sich sowohl auf die ausgestellten Werke, wie auch auf die Lagerung und

den Transport von Kunstwerken. Die Leiter der Museen ständen hier in der Pflicht. Ferner sei ein barrierefreier Zugang zu ermöglichen. Dies sei in der Villa über die Rampe, das Foyer und den Aufzug, der üblicherweise über den Roten Salon zu erreichen ist, möglich. Dies schränke jedoch die Nutzung dieser Räume während der Öffnungszeiten des Museums ein. Die vielseitigen Auflagen bzw. Richtwerte stünden in Konflikt zu einer Nutzung des Erdgeschosses. Frau Dr. Oelschlägel betont, es gehe ihr nicht darum, mit den Richtlinien zur Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Villa Zanders eine Nutzung auszuschließen, die sich mit dem Museum vereinbaren lassen könne. Mit den allgemeinverbindlichen Richtlinien sollten die Konditionen und die Zeiten für die Nutzung des Hauses transparent festgelegt werden. Transparente, verlässliche und für alle gültige Rahmenbedingungen erleichterten die Terminvergabe. Für sie stehe natürlich an oberster Stelle, dass der Museumsbetrieb so weit wie möglich nicht gestört werde. Es sei ihr aber auch sehr deutlich geworden, dass die Immobilie auf sehr unterschiedliche Weise genutzt werden solle und zwar nicht nur auf Grund der Haushaltslage, sondern auch auf Grund der Bedürfnisse innerhalb der Stadt. In diesem Zusammenhang möchte sie noch mitteilen, im Jahr 2010 hätten 261 außermuseale Veranstaltungen stattgefunden, die mit dem geringen Personalstamm bestuhlt, betischt und mit organisiert worden seien: 100 Trauungen, 58 Abendveranstaltungen, die ein kulturelles Ziel gehabt hätten, 24 rein private Abendveranstaltungen (Feiern, die sehr häufig erst nach Mitternacht endeten), 41 Tagesveranstaltungen, z.T. auch während der Öffnungszeiten und 38 Treffen der Rotarier. Häufig habe es bei den Veranstaltungen auch eine Bewirtung gegeben, so dass die Caterer schon bereits viele Stunden vorher und auch nachher im Haus tätig gewesen seien.

Herr Dr. Miede möchte gerne wissen, ob es schon ein Ergebnis bezüglich der Weiterbeschäftigung des städtischen Personals in der Städtischen Galerie gebe (Seite 38).

Herr Dr. Speer erläutert, geplant gewesen sei im Rahmen des HSK die Trägerschaft der Städtischen Galerie, wie auch bei den beiden anderen Museen, an einen Trägerverein zu übergeben. Diese Maßnahme habe sich aber nicht umsetzen lassen. Nach den jetzigen Planungen bleibe die Städtische Galerie Villa Zanders in städtischer Trägerschaft und werde unter Kostengesichtspunkten weiterhin mit städtischem Personal betrieben. Eine Verbesserung im Betriebsergebnis durch den Einsatz von Fremdpersonal ließe sich nur erzielen, wenn das Personal, welches derzeit in der Villa eingesetzt sei, kassenwirksam umgesetzt werden könne. Dies sei aber nicht möglich. Derzeit werde ein Personalkonzept für die Städtische Galerie erarbeitet, auch in Hinblick auf den Haushalt 2012. Für die Abendveranstaltungen solle Fremdpersonal eingesetzt werden. Damit würden die Kolleginnen und Kollegen, die für den Museumsbetrieb zuständig seien, von den Aufgaben entlastet, für die sie eigentlich nicht zuständig seien. Diese Kosten würden dem Nutzer in Rechnung gestellt. Mit den Richtlinien für die Vermietung von Räumlichkeiten werde es daher auch eine neue Entgeltordnung geben.

Frau Bischoff bedankt sich ausdrücklich bei Frau Dr. Oelschlägel für ihren Vortrag. Dieser hätte vor allem gezeigt, was in der Städtischen Galerie alles stattfindet. Besonders gut finde sie den Ansatz der kulturellen Bildung, wie das Zugänglichmachen der Kunst durch interaktive Workshops. Ferner begrüße sie, dass mit der Schaffung der Nutzungsvereinbarung Rahmenbedingungen geschaffen würden, die es ermöglichten ein Kunstmuseum zu führen. Sie möchte gerne noch wissen, inwieweit man künftig Ausstellungen der regionalen Kunst und die Kunstversteigerung „Kunst tut gut“ stärker in das Konzept des Hauses einbeziehen könne. Ebenso regt sie an, über einen Kunstpreis für regionale Künstler nachzudenken. Positiv finde sie, dass es in Zukunft weniger Ausstellungen geben solle, die aber dann stärker beworben würden.

Frau Koshofer schließt sich dem Dank von Frau Bischoff an. Der Voreingenommenheit vieler Menschen gegenüber der Städtischen Galerie müssten ausgeräumt werden. Immer wieder werde sie angesprochen, z.B. auf die Besucherzahl. Sie teilt ferner mit, die Verantwortlichen für „Kunst tut gut“ hätten den Wunsch geäußert, die Vernissage und die Versteigerung in der Städtischen Galerie durchzuführen. Dieser Wunsch bestehe schon seit vielen Jahren. Sie möchte gerne wissen, wie denn

in Zukunft mit solchen Aktivitäten umgegangen werde. Daher möchte sie gerne einen Prüfantrag an die Verwaltung stellen. Die Verwaltung möchte bitte prüfen, ob die Räume im Erdgeschoss der Städtischen Galerie Villa Zanders für eine Kunstausstellung mit Vernissage am 06.11.2011 und abschließender Benefizveranstaltung am 18.11.2011 genutzt werden könnten. Gleichzeitig solle geprüft werden, ob ein noch zu schaffender Kunstpreis der Stadt Bergisch Gladbach auch in den Räumlichkeiten der Villa Zanders in öffentlicher Veranstaltung verliehen werden könne. Der Wortlaut des Antrages ist als Anlage beigefügt.

Auf die Einwendung von Herrn Dr. Miede, es wäre sinnvoller diesen Antrag zu stellen, wenn die Nutzungsordnung vorliege, antwortet Frau Koshofer, auf Grund der zeitlichen Planung für „Kunst tut gut“ bestehe hier Eilbedürftigkeit.

Herr Mumdey macht den Ausschuss auf mögliche Konsequenzen einer Einzelfallentscheidung aufmerksam. Der Ausschuss müsse entscheiden, ob er über Einzelanträge und deren Nutzungskonditionen entscheiden möchte oder Richtlinien für die Vermietung von Räumlichkeiten in der Städtischen Galerie Zanders erlasse und der Verwaltung an die Hand gebe. Im Falle von Einzelfallentscheidungen habe man den Gleichbehandlungsgrundsatz zu beachten, dieser sei auch einklagbar. Er möchte hier nur auf die in der Regel erfolgreichen Klagen der NPD auf Überlassung von Stadthallen hinweisen. Der Gleichbehandlungsgrundsatz gelte für jede öffentliche Einrichtung, also auch für die Städtische Galerie.

Herr Dr. Miede erinnert Frau Koshofer an die endlosen Diskussionen im Ausschuss in der Vergangenheit über Kulturförderanträge, und wie froh der Ausschuss gewesen sei, als die Kulturförderlinien erstellt worden seien. Eine Nutzungsordnung sei ein generelles Instrument, mit dem alle Beteiligten arbeiten könnten. Wenn der Ausschuss nun aber einen solchen Einzelantrag zulasse, würden auch andere Personen Einzelanträge stellen, über die der Ausschuss dann auch beraten müsse. Er bittet daher Frau Koshofer, ihren Antrag zurückzuziehen. Zunächst einmal solle die Nutzungsordnung festgelegt werden.

Herr Dr. Speer teilt ergänzend mit, die Städtische Galerie sei am 18.11.2011 bereits vermietet. Ferner werde am 4.11.2011 eine sehr renommierte Ausstellung eröffnet, so dass eine Nutzung des ersten und zweiten Obergeschosses nicht möglich sei.

Herr Santillán schließt sich den Ausführungen von Herrn Mumdey und dem Vorsitzenden Herrn Dr. Miede an. Er halte es für völlig richtig, hier keinen Beschluss zu fassen, sondern sich auf die Rahmenbedingungen festzulegen, um der Klientelpolitik der Parteien nicht Tür und Tor zu öffnen. Der Vortrag von Frau Dr. Oelschlägel habe die Richtung aufgezeigt, wie die Arbeit der Städtischen Galerie fortgesetzt werde. Wenn die Nutzungsordnung vorgestellt werde, werde der Ausschuss sicherlich die Frage Nutzung des Erdgeschosses diskutieren. Interessant sei auch die Entgeltordnung. Außer der Nutzungsordnung interessiere ihn vor allem auch das finanzielle und das personelle Konzept für die Villa Zanders.

Frau Bischoff bittet um Verständnis für den Antrag von Frau Koshofer. In den letzten Jahren seien die Vorurteile gegen die Führung der Städtischen Galerie in Bezug auf die Nutzung des Erdgeschosses gewachsen. Sie sehe den Antrag als Aufforderung und als Gesprächsangebot an die Leitung der Städtischen Galerie. Und auch sie schlage vor, die Verabschiedung der Nutzungsordnung abzuwarten und dann darüber weiter zu sprechen.

Frau Dietsch findet die Verknüpfung von Nutzungsordnung und dem Antrag von Frau Koshofer in der Diskussion unglücklich, da diese nicht zusammenhängen würden. Die Nutzungsordnung sei nötig, darin seien sich alle einig. Die andere Sache sei eine gesamtstädtische Initiative dreier Parteien, durch die heimische Künstler unterstützt würden. In dem Zusammenhang weise sie die Äußerung von Herrn Santillán, hier handele es sich um Klientelpolitik zurück. Sie möchte gerne von Frau Dr. Oelschlägel hören, ob es grundsätzlich möglich sei, dass eine gesamtstädtische Initiative,

die die Kunst fördere, in der Städtischen Galerie, die eine Kunstgalerie sei, stattfinden könne. Über das Datum könne man reden, dies sei nicht das Problem. Auf die Einwendung von Herrn Dr. Miede, über einen Einzelantrag nicht zu beraten, entgegnet Frau Dietsch, sie möchten nur ein Zeichen von Frau Dr. Oelschlägel, ob dies im Rahmen der bestehenden Ordnung möglich wäre. Die neue Nutzungsordnung sei ja noch nicht verabschiedet. Zeitlich richtig wäre erst die Verabschiedung der neuen Nutzungsordnung und dann die Antragstellung gewesen.

Frau Dr. Oelschlägel erläutert, das Kunstaustellungsprogramm in der städtischen Galerie würde sie gerne selber verantworten, d.h. sie möchte natürlich wissen, was ausgestellt werde. Am 04. November werde die Ausstellung zum Thema Aquarell eröffnet, die überregional sehr bedeutsam sei. Die gleichzeitige Ausstellung der Bilder für „Kunst tut gut“ im Erdgeschoss sei für sie eine Vermischung und könne mit zu einer Verwässerung des Profils führen. Grundsätzlich könne man diese Veranstaltung bei einer längerfristigen Planung einplanen; November diesen Jahres sei jedoch zu kurzfristig. Ferner müsse überlegt werden, ob gleichzeitig eine Ausstellung mit dem Schwerpunkt „Kunst in der Region“ stattfinden sollte. Sie möchte noch auf die Frage von Frau Bischoff, in wie weit die Künstler aus der Region berücksichtigt würden, antworten. Diese seien schon immer in der Ausstellungsreihe „Ortstermin“ berücksichtigt worden und würden es auch weiterhin. Erst im vergangenen Jahr habe es zum Jubiläum des Arbeitskreises der Künstler zwei große Ausstellungen gegeben. Auch im Rahmen der Ausstellung „Knüller, Falter, Reißer“ stünden drei Bergisch Gladbacher Künstlerinnen (Ulrike Oeter, Elisabeth Jansen und Fanny Schoening) im Mittelpunkt. Sie bitte nur darum, die Choreografie der Veranstaltungen durch das Jahr ihr zu überlassen. Wenn nur Künstler aus der Region in der Städtischen Galerie gezeigt würden, so seien zwar die Künstler zufrieden, das Haus jedoch würde seine Bedeutsamkeit verspielen, da es überregional eine Rolle spiele.

Frau Koshofer erklärt, sie habe diesen Antrag gestellt, damit solche Vorhaben bei der Beratung der Nutzungsordnung Berücksichtigung fänden. Sie danke Frau Dr. Oelschlägel für ihre grundsätzliche Bereitschaft. Sie ziehe ihren Antrag zurück. Er solle aber als Anregung gesehen werden. Auch sie weise den Begriff Klientelwirtschaft, den Herr Santillán benutzt habe, zurück. „Kunst tut gut“ unterstütze die einheimischen Künstlerinnen und Künstler. Das ersteigerte Geld komme immer einem guten Zweck in dieser Stadt zu Gute, in 2010 sei „Kein Kind ohne Mahlzeit“ unterstützt worden.

Herr Kleine schließt sich dem Dank von Frau Bischoff und Frau Koshofer bezüglich des eindrucksvollen Vortrags von Frau Dr. Oelschlägel an. Dieser Vortrag helfe in der Diskussion um die Städtische Galerie. Es müsste eine breitere Gruppe angesprochen werden. Dies führe auch zu einer größeren Akzeptanz in der Politik und in der Bevölkerung. Zum Antrag von Frau Koshofer möchte er ergänzen, diesen müsse man in einem größeren Kontext sehen. Das Ansinnen der einheimischen Künstlerinnen und Künstler sei verständlich. Es freue sich darüber, wenn man in Zukunft bezüglich dieser Veranstaltung in Gespräch bliebe.

Herr Santillán merkt an, mit der Nutzungsordnung sollten die Rahmenbedingungen festgelegt werden, damit die von Frau Dr. Oelschlägel dargestellten Standards eingehalten werden könnten. Diese müssten berücksichtigt werden. Er stimme Herrn Mumdey zu in seiner Einschätzung der Konsequenzen, wenn der Ausschuss über Einzelanträge entscheiden würde.

Herr Dr. Miede beendet die Diskussion. Er bittet Frau Dr. Oelschlägel, die von ihr erwähnten Standards noch zu präzisieren, an denen die Nutzungsordnung zu überprüfen sei. Er möchte noch einmal davor warnen, der Ausschuss solle sich nicht in Einzeldiskussionen über die ästhetischen Notwendigkeiten eines Museums verlieren. Jeder habe eine andere Vorstellung von Kunst und künstlerischem Schaffen; es könne nicht angehen, dass der Ausschuss qua Mehrheit künstlerische Standards festlege. Dies sei nicht die Aufgabe des Ausschusses. Er möchte aber noch auf einen Satz auf Seite 36 der Vorlage hinweisen. Danach sei das Museum erfolgreich, trotz der relativ geringen finanziel-

len und personellen Ausstattung. Er bittet Frau Dr. Oelschlägel noch zu untersuchen, in welchem Rahmen andere, vergleichbare Städte ihre Museen förderten und dies dem Ausschuss mitzuteilen.

Frau Dietsch merkt noch an, es gehe ja nicht nur um die künstlerischen Standards, sondern auch um die Weichen, die für die Zukunft in Bezug auf das Haus gestellt würden. Anlass sei die städtische Haushaltssituation und die mögliche Einnahmenerzielung durch die Nutzung des Erdgeschosses gewesen.

Herr Dr. Miede stimmt Frau Dietsch zu. Auch er möchte, dass die Villa einen Ertrag erbringe, der im Rahmen ihrer künstlerischen Notwendigkeiten vorstellbar sei.

12. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scherer hat eine Frage zum Beginn der Freibadsaison. Um Ostern herum habe es eine längere Schönwetterperiode gegeben. Viele Familien hätten gerne die Freibäder genutzt. Leider seien diese noch nicht geöffnet gewesen. Die Gemeinde Hoffnungsthal habe dagegen flexibler reagiert und das Freibad bereits vor Ostern geöffnet.

Herr Miede verspricht, dieses Thema in der nächsten Aufsichtsratssitzung der Bädergesellschaft anzusprechen.

Herr Krauss hat eine Frage zum Sportplatz An der Steinbreche. Der Sportplatz soll laut den Sportvereinen, die diesen nutzen, in einem katastrophalen Zustand sein. Auf Grund der vor dem Sportplatz gelegenen Baustelle, könne wohl der Platz derzeit nicht „abgezogen“ werden. Er möchte gerne wissen, wann wieder mit einem „Abziehen“ des Platzes zu rechnen sei.

Herr Dr. Speer teilt mit, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.